

Staatliche Pensionskasse: Neben dem Land müssen LKW am meisten zahlen

Die Kraftwerke trifft's am härtesten: Die angeschlossenen Betriebe müssen für die Neuausrichtung Millionenbeiträge aufwenden.

Valeska Blank

Vor gut einer Dekade war die finanzielle Situation der staatlichen Pensionskasse prekär. Für die Rettung wurde ein dreistelliger Millionenbetrag fällig. 2012 klappte eine Deckungslücke von 331 Millionen Franken im Vorsorgewerk; dafür musste das Land mit 237 Millionen in die Bresche springen, für den Rest die angeschlossenen Betriebe.

So dramatisch wie damals ist die Situation heute nicht – ohne ein Eingreifen könnte sie es aber wieder werden. Regierungschef Daniel Risch drückte es vergangene Woche bildlich aus: «Wäre die Pensionskasse ein Haus, hätte es Risse und es würde langsam unangenehm, darin zu wohnen.» Darum werde jetzt eingeschritten, um das Haus zu renovieren.

Unterm Strich resultieren Kosten von 70 Millionen

Parallelen zur Lage Anfang der 2010er-Jahre gibt es aber trotzdem. Wie damals muss jemand für die Neuausrichtung – den Begriff Sanierung wollen die Verantwortlichen tunlichst vermeiden – für die Kosten aufkommen. Und wie damals sind es auf der einen Seite das Land Liechtenstein, auf der anderen die angeschlossenen Betriebe, die bezahlen müssen.

Unterm Strich belaufen sich die Kosten des Massnahmenpakets, das letzte Woche präsentiert wurde, auf 70,2 Millionen Franken. Einer der Hauptpfeiler ist die Aufsplittung der Stiftung Personalvorsorge Liechtenstein

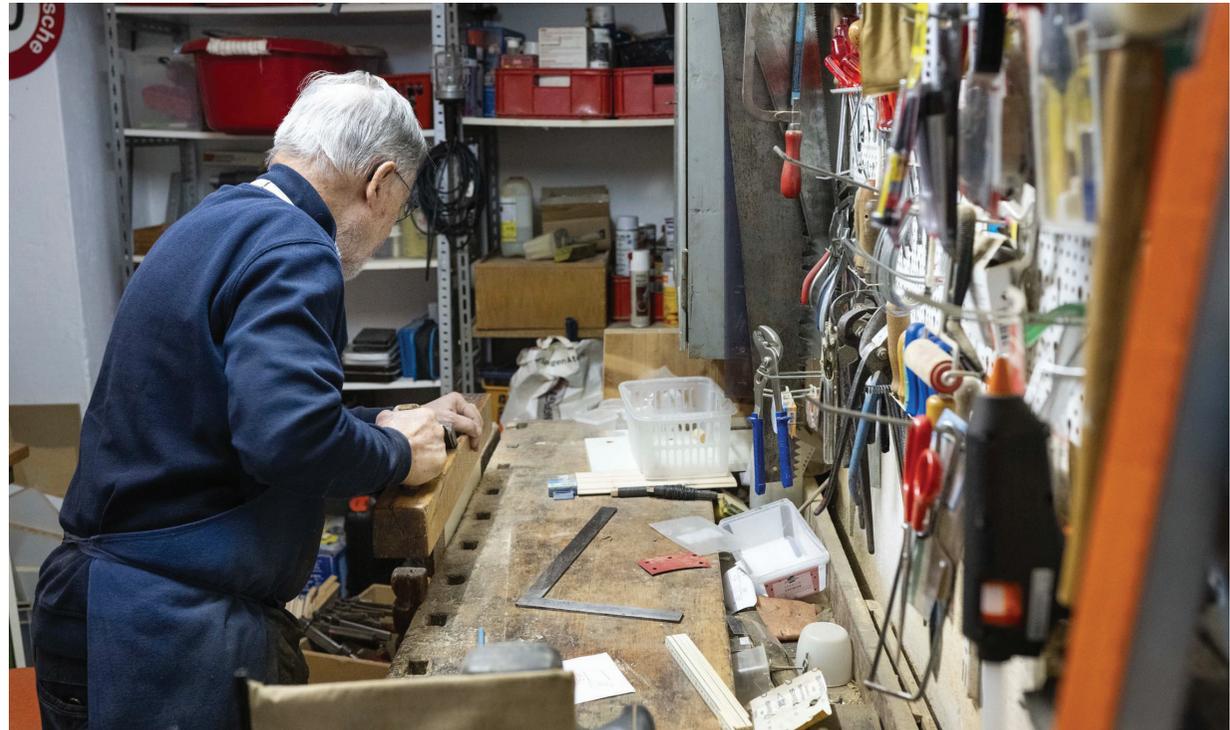
(SPL) in ein offenes und ein geschlossenes Vorsorgewerk. So lassen sich auch die Kosten auf diese beiden Massnahmen aufteilen.

Kraftwerke müssen rund 5 Millionen aufbringen

Wie dem Bericht und Antrag zu entnehmen ist, der im April in erster Lesung in den Landtag kommt, entfallen dabei auf den Staat rund 58 Millionen Franken (s. Tabelle). Darin enthalten sind nicht nur die Kosten für die Landesverwaltung, sondern für zahlreiche weitere Organisationen und Unternehmen, deren Betrieb zu wesentlichen Teilen durch den Staat finanziert wird – etwa das Landesspital, die Universität Liechtenstein, die Musikschule oder das Vaduzer Kunstmuseum. «Für diese übernimmt der Staat die Kosten», erklärt Michael Hanke, SPL-Stiftungsratspräsident. Unter den angeschlossenen Betrieben ohne Staatsbeitrag sind es die LKW, die am meisten zahlen müssen: Für die Ausfinanzierung der Renten und für das geschlossene Vorsorgewerk – die «Rentnerkasse» – werden jeweils 2,278 Millionen fällig. Unterm Strich sind es also rund 5 Millionen Franken, die die LKW aufbringen müssen, wenn der Vorschlag der Regierung im Landtag durchkommt.

Post folgt auf Platz zwei, Telecom auf Platz drei

Auf die LKW folgt die Post mit Gesamtkosten von knapp 3,5 Millionen Franken. Das Unternehmen hat die Aufwendung bereits antizipiert und im Jahr



Für die Schaffung einer abgetrennten «Rentnerkasse» und die Ausfinanzierung der Renten im geplanten offenen Vorsorgewerk müssen die angeschlossenen Betriebe Geld einschiessen.

Bild: Keystone

2022 eine Rückstellung von 2,5 Millionen Franken gebildet. Über eine Million kosten wird die Neuausrichtung der SPL auch die Telecom und die AHV-IV-FAK. Auf Liechtenstein Wärme entfallen rund eine Viertelmillion.

Auch die Gemeinde Balzers scheint noch in der Tabelle der Kostenträger auf. Obwohl sie der staatlichen Pensionskasse schon lange nicht mehr angehört, ist sie von der Schaffung der «Rentnerkasse» mit einem Kostenbeitrag betroffen.

Neuausrichtung: Einmalige Kosten in CHF, Hochrechnung

	Ausfinanzierung Renten offenes Vorsorgewerk	Schaffung geschlossenes Vorsorgewerk	Total
Anteil Land	40 141 000	18 000 000	58 141 000
LKW	2 278 000	2 728 000	5 006 000
Liechtensteinische Post	2 200 000	1 239 000	3 439 000
Telecom Liechtenstein	806 000	712 000	1 518 000
AHV-IV-FAK-Anstalten	815 000	462 000	1 277 000
Liechtenstein Wärme	442 000	298 000	740 000
Liemobil		46 000	46 000
Gemeinde Eschen		18 000	18 000
Gemeinde Balzers		16 000	16 000

Quelle: Bericht und Antrag Grafik: Valeska Blank